

2017-04-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und
Tourismus am 22.09.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: DEKRA Automobil GmbH, Niederlassung Dessau-
Roßlau, Am Junkerswerk 1, 06847 Dessau-Roßlau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Hofmeister, Dirk

Verwaltung

Reck, Robert Dr.
Schlonski, Christiane

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach Begrüßung der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung sowie die Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung fest. Mit 7 stimmberechtigten Stadträten (ab TOP 4.8 stimmberechtigte Stadträte) stellte er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde ein Änderungsbedarf angezeigt. Der TOP 8.1.1 wurde von der Tagesordnung genommen. Den Antrag zur Änderung der Tagesordnung stellte **Herr Mau** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

Dem Antrag wurde zugestimmt. Weitere Änderungen wurden nicht hervorgebracht. Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

3 Einwohnerfragestunde - ca. 16:40 Uhr

Anfragen durch Einwohner wurden nicht hervorgebracht.

4 Vorstellung der DEKRA Automobil GmbH

Herr Mau bedankte sich im Namen der Ausschussmitglieder für das Angebot, in den Räumlichkeiten der DEKRA zu tagen.

Herr Kapust, Niederlassungsleiter DEKRA, stellte das Unternehmen vor.

Herr Palermo, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erscheint um 17:00 Uhr zur Sitzung. Damit sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Mau dankte **Herrn Kapust** für die Ausführungen.

5 Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2016

Zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 18.08.2016 gab es keine Änderungen oder Ergänzungen. **Herr Mau** stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 2

Die Niederschrift wurde ungeändert bestätigt.

6 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

- ❖ Grundstücksangelegenheit
Aufhebung Verkaufsbeschluss Teilfläche im Gewerbegebiet Roßlau-Ost
Vorlage: BV/227/2016/IV-80
Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- ❖ Verkauf einer Fläche im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau, Teilgebiet B
Erteilung einer Belastungsvollmacht
Vorlage: BV/249/2016/IV-80
Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7 Informationsvorlagen

7.1 Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zum 1. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes für die Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg Vorlage: IV/060/2016/III-61

Herr Mau erteilte **Herrn Dr. Stahl Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Geodienste** das Wort. Dieser informierte kurz über die Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Eine Aufgabe besteht in der Erstellung von Fortschreibungen regionaler Raumordnungspläne, wozu u. a. der Regionale Entwicklungsplan gehört. Auf Grund der Vielfalt der Raumnutzungsthemen ist dieser Plan für die Stadtentwicklung interessant und soll daher in diesem Ausschuss vorgestellt werden. Anschließend ging **Herr Dr. Stahl** kurz auf die Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau ein.

Frau Müller, Fraktion der CDU, gab an, dass man entsprechend des Landesentwicklungsplanes von Dessau-Roßlau als Oberzentrum spricht obwohl die Landesregierung im Einvernehmen mit der Stadt Dessau-Roßlau nur die innere Stadt als Oberzentrum betrachtet, wodurch z.B. das Umfeld wie Roßlau, Kochstedt, Mosigkau und Waldersee nicht im Oberzentrum involviert ist.

Herr Dr. Stahl entgegnete, dass das Thema Oberzentrum - Zentrale Orte zum Teilplan „Daseinsvorsorge“ gehört, welcher in dieser Betrachtung ausgeklammert wurde. Dieses Thema wird im Landesentwicklungsplan geregelt, worüber niemand glücklich sei. **Frau Müller**, interessierte wie damit in Zukunft weiter verfahren wird und wünschte sich daher eine Diskussion an anderer Stelle.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, informierte über die Versagung des Sachlichen Teilplans „Nutzung der Windenergie“. Er wurde zusammen mit allen Mitgliedern der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Vorsitzenden per E-Mail dazu aufgefordert, bis zum 29. September eine entsprechende Stellungnahme abzugeben. Die Regionale Planungsgemeinschaft erwägt, Klage gegen diese Entscheidung beim Verwaltungsgericht einzulegen. Laut dem Vorsitzenden Herrn Schulze kann mit dieser Versagung künftig auf die planerische Steuerung von Windenergieanlagen verzichtet werden. **Herr Pätzold** möchte aus diesem Grund von **Herrn Dr. Stahl** erklärt bekommen, welche Folgen aus dieser Versagung entstehen können.

Herr Dr. Stahl bejahte die nicht erfolgte Genehmigung des Teilplanes Wind durch oberste Landesbehörde. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat nun Möglichkeit innerhalb eines Monats Klage zu erheben. Ziel des Teilplans war die Nutzung durch Windenergie räumlich zu steuern, indem man Vorranggebiete definiert, die im Umkehrschluss eine Ausschlusswirkung für den restlichen Raum haben. Nur, wo das Vorranggebiet definiert ist, wird auch Windenergie stattfinden. Laut Aussage von Herrn Schulze, könnte jeder auf allen Flächen der Region Windenergieanlagen beantragen, wenn die Genehmigung für den Teilplan Wind versagt würde, so **Herr Dr. Stahl**. Natürlich müssten trotzdem die Kriterien des Arten- und Denkmalschutz beachtet werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, stellte eine Frage zum Gewerbegebiet Mitte. In den bisherigen Planungen wurden 2 Gebiete ausgewiesen, wir haben jedoch bei der Regionalen Planungsgemeinschaft durchgesetzt, dass dies als 1 Gebiet zu betrachten ist. Müssen wir nicht unsere Planungsunterlagen dahin gehend ändern, dass nur noch 1 Gewerbegebiet ausgewiesen wird?

Herr Dr. Stahl erwiderte, dass die Notwendigkeit planungs- und verwaltungsintern diskutiert werden müsste. Des Weiteren merkte er an, dass die Gewerbegebiete in der Namensgebung historisch gewachsen sind. Ferner wurden sie z.B. durch B-Pläne planerisch untersetzt. Die Regionalplanung ist im Grunde eine räumliche Planung und hat unmittelbare Wirkung auf die Bauleitplanung. Es gibt viele Bauleitpläne die diese Gewerbeflächenentwicklung steuern, jedoch sieht er diesen Zusammenhang nicht wirklich.

Herr Reinsdorf, Amt für Wirtschaftsförderung, sieht diese Notwendigkeit ebenfalls nicht. Es gibt verschiedene Ausprägungen der Gewerbegebiete. Das Gewerbegebiet Flugplatz Dessau sei z.B. ursprünglich für vorrangig flugplatzaffine Ansiedlung vorgesehen. Eine Verbindung der Gewerbegebiete sollte vermieden werden, da sie von der Ausweitung zu groß wären. Man sollte eher das Gewerbegebiet Mitte in sich differenzieren. Es gibt bestimmte Bereiche in denen z.B. die Automobilbranche sehr stark vertreten ist, ebenso ein Bereich wo das verarbeitende Gewerbe ausgeprägter ist. Der Auftrag an die Wirtschaftsförderung ist es, durch ein Immobilienkonzept wie

vor einigen Jahren besprochen, eine Schärfung der Gewerbegebiete vorzunehmen, um auch anhand des Namens eine gewisse Bindung zum Gebiet zu erreichen. Am Beispiel Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz ist dies trefflich gelungen, daran sollte man nichts ändern. Im Gewerbegebiet Mitte sollte deswegen im weiteren Prozess über eine Ausdifferenzierung nachgedacht werden. Dies stehe jedoch nicht im Zusammenhang mit dem jetzigen Thema, so **Herr Reinsdorf**.

Herr Dr. Melchior verwies auf die Betrachtung der Gewerbegebiete als Einheit um eine Priorität zu erreichen. Er befürchte jemand könnte dies als Trick erachten. **Herr Reinsdorf** stimmte in Bezug auf die Priorität zu. Hätte man die Betrachtung allein auf das Gewerbegebiet Mitte begrenzt, wären die Potenziale nicht mehr so groß gewesen. Insoweit gab es mehr Chancen, Flächen am Flugplatz auszuweisen. **Herr Dr. Stahl** sieht dies genauso. Der landesbedeutsame Standort am Hafen setzt sich ebenfalls aus mehreren historisch gewachsenen Industriegebieten zusammen. Er wurde auch als 1 Standort im Regionalplan angegeben.

Herr Mau sprach die Überprüfung alter Gewerbebestände in der Stadt an. Hat die Stadt die Möglichkeit, eigenständig über diese Gewerbegebiete zu entscheiden, sie aufzuweiten oder in eine bestimmte andere Zwecknutzung umzuwidmen?

Herr Reinsdorf wies auf die Novellierung des Flächennutzungsplanes hin. Durch das Stadtplanungsamt werden ein Wohnbauflächenkonzept sowie ein Gewerbeflächenkonzept gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung erstellt. Beim Gewerbeflächenkonzept werden alle Standorte auf Potenzialflächen überprüft. Dazu gehört: in wessen Verfügungsberechtigung sind sie, ist die Stadt Dessau-Roßlau Eigentümer oder gibt es Privateigentümer und hat die Stadt Zugriff darauf bzw. wann sind sie verfügbar. Die Verfügbarkeit richtet sich u.a. nach Restriktion. Restriktion heißt zum einen Eigentumschaft und zum anderen Planungsrecht, Artenschutz, Denkmalschutz, Bodenschutz oder ähnliche Schutzgüter, die verhindern, dass wir kurzfristigen Zugriff auf diese Gewerbeflächen haben. In der Gesamtschau dieses Entwicklungskonzeptes wird es eine Übersicht geben, aus der ersichtlich ist worauf wir jetzt zugreifen können. Zum anderen zeigt sie Ursachen, auf Grund derer bestimmte Flächen in der Vergangenheit nicht vermarktet werden konnten. Am DHW stehen z.B. noch Flächen zur Verfügung bei der die Eigentumsproblematik eine Rolle spielt.

Wenn man die Potenzialflächen ausgearbeitet hat und dem den mehrjährigen Bedarf gegenüberstellt, muss man in einem weiteren Schritt prüfen, ob man über die richtigen Gewerbeflächen verfügt, die künftig am Markt platzierbar sind. Die Stadt Dessau-Roßlau muss sich die Frage stellen, ob bestimmte Gewerbeflächen eventuell zurück zu entwickeln sind um an anderen Flächen Potenzial zu schaffen, die wirklich am Markt platzierbar sind. Es gibt da Flächen die wir künftig weiter entwickeln müssen, z.B. der Hafen, dann Trimodales Logistikzentrum genannt, erläuterte **Herr Reinsdorf**.

Sobald die Teilortsumgehung Roßlau durch diesen Bereich führt, muss man unter Umständen prüfen, welche Flächen man noch als Gewerbegebiet etabliert. Die Wirtschaftsförderung wird auch die Gewerbeflächen an der A9 sowie die Ansiedlungen in der Region entlang der Autobahn nicht aus dem Blick verlieren. Momentan werden in Leipzig die entsprechenden Anforderungen aus dem Logistikbereich teilweise nicht mehr erfüllt, in Folge dessen werden die Investoren in Richtung Halle schauen, wenn diese dann belegt sind, auch in Richtung Norden entlang der A9. Das mittelfristige Ziel der Stadt Dessau-Roßlau sollte daher die Vorhaltung von Flächen sein, welche für diese Investoren interessant sind. Ansonsten würde der Blick vielleicht noch weiter nördlich gehen und die Investoren etablieren ihre Ansiedlung dort. Die Landesbe-

hörden werden sicherlich die der Anzahl der Gewerbeflächen betrachten und der Meinung sein, dass wir eigentlich keine weiteren brauchen. Quantitativ sind sicherlich genügend Gewerbeflächen vorhanden, jedoch sind diese bei der Qualität, Verfügbarkeit sowie in der Verfügungsberechtigung nicht dazu geeignet, sofort am Markt platziert zu werden. Dieser Prozess muss jetzt begonnen werden, um uns für die nächsten 5 bis 10 Jahre entsprechend aufzustellen.

Herr Mau bezog sich anschließend auf die Strategie der Flächenentwicklung welche in nächster Zeit aufgenommen werden sollte.

Seitens der Wirtschaftsförderung gibt es Vorschläge, die derzeit verwaltungsintern diskutiert werden, wie man mit diesen Flächen umgeht, erläuterte **Herr Reinsdorf**. Er geht davon aus, dass das Thema Novellierung Flächennutzungsplan auch hier im Ausschuss diskutiert wird, nachdem die Analyse und die ersten konzeptionellen Grundlagen geschaffen wurden. **Herr Mau** fordert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus dazu als erstes gehört wird.

Dies sei der Ausschuss, der strategische Vorberatungen für den Stadtrat trifft, gab **Herr Reinsdorf** an. Der Bauausschuss sei eher der operative Ausschuss, demzufolge was die verbindliche Bauleitplanung betrifft. Bei diesem Thema geht es aber um die strategische Ausrichtung der nächsten 20 Jahre, sollte der Flächennutzungsplan fortgeschrieben werden. Somit ist der Wirtschaftsausschuss der maßgebende.

Herr Dr. Melchior fragte bezüglich des Mosigkauer Windparkes, ob die Trasse für die Umgehungsstraße Mosigkau durch dieses Vorranggebiet geht.

Herr Dr. Stahl antwortete, dass es diesbezüglich noch keine richtige Trassenfindung gibt. Die Ortsumgehung Mosigkau wird im Bundesverkehrswegeplan als Ortsumgehung dargestellt jedoch gibt es noch keine Trassenführung. Dies war auch der Grund, dass im Regionalen Entwicklungsplan diese Ortsumgehung kartografisch nicht als Linie dargestellt wurde. Es gibt eine Beikarte in welcher der Bundesverkehrswegeplan Ortsumgehungen definiert, ohne dass man Trassen festlegen konnte. Wenn man sich jedoch die Verhältnisse vor Ort anschaut, kann man diesen Bereich nur dort umfahren. Auf Grund der Windräder bleibt nur ein schmaler Korridor übrig, durch die Erweiterung im Teilplan wird dieser allerdings überdeckt. Dieser Konflikt ist in der Beteiligungsphase durch das zuständige Straßenbauamt so nicht dargestellt worden. Wir als Stadt haben darauf verwiesen, dass es dort die Ortsumgehung gibt und insofern ist dies ein weiteres Argument gegen die Erweiterung des Windparkes.

Herr Dr. Melchert interessierte außerdem, ob es richtig ist, dass ein relativ breiter Streifen sichergestellt werden muss um Schäden an Notanlagen zu vermeiden.

Das ist noch nicht spruchreif, entgegnete **Herr Dr. Stahl**. Verkehrsrechtlich gibt es Abstandspflichten von diesen Anlagen zu Bundesstraßen. Wir kennen Initiativen aus Sachsen die möchten, dass diese Abstände vergrößert werden, dies ist jedoch nicht verbindlich. Im Grunde genommen müsste also diese Trasse freigehalten werden wenn man langfristig planen will, hinterfragte **Herr Dr. Melchior**. **Herr Dr. Stahl** bejahte dies. Wenn man langfristig den Belang des Bundesverkehrsregelplanes Rechnung tragen will. Der Regionalplan sagt wiederum auch, dieser Widerspruch wurde in der Stellungnahme ausgearbeitet, dass der Bundesverkehrsregelplan ein übergeordnetes Interesse hat. Um dieses Ziel im Regionalplan umzusetzen, müsste man eigentlich eine Trasse freigehalten. Das hätte eigentlich auch schon im Regionalplan erfolgen können, aber spätestens im Rahmen der Bauleitplanung muss man dies tun.

Des Weiteren möchte **Herr Dr. Melchior** wissen, ob die Trasse für die Ortsumgehung nicht mehr verwendbar wäre, wenn der Plan durchgehen würde und Investo-

ren dort reingehen. **Herr Dr. Stahl** sieht das sehr problematisch. Dementsprechend sollten die Vertreter der Regionalbefragung eben diese Argumente nochmal prüfen. Besonders wenn es um die Frage geht, ob die Planungsregion gegen die Entscheidung der Landesbehörde vorgehen soll.

Weitere Fragen wurden nicht hervorgebracht, **Herr Mau** dankte für die Ausführungen von **Herrn Dr. Stahl**.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Informationen aus der Verwaltung

❖ Automechanika 2016 in Frankfurt/Main

Frau Schärff, Amtsleitung Amt für Wirtschaftsförderung, informierte über die in der vorherigen Woche stattfindende Messe. Eine Mitarbeiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung war gemeinsam mit der Saxon Junkalor GmbH an einem Messestand präsent.

❖ REGIA 2016 in Dessau 23./24. September 2016

Laut **Frau Schärff** handelt es sich um eine Unternehmerinnenkonferenz die bisher von der AWO in Magdeburg und Halle veranstaltet wurde. Die IHK hat nun eine eigene Veranstaltung in Dessau initiiert, welche vom Amt für Wirtschaftsförderung maßgeblich mitgestaltet und unterstützt wurde. Bisher haben sich 70 Unternehmerinnen zur Messe angemeldet welche im NH Hotel stattfinden wird. Ein Grußwort wird von **Frau Schärff** am Freitag gehalten.

❖ EXPO REAL in München 4. – 6. Oktober 2016

Das Amt für Wirtschaftsförderung wird zusammen mit der Metropolregion Mitteldeutschland präsent sein. Des Weiteren wird Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, in einem entsprechenden Forum die Stadt Dessau-Roßlau präsentieren, so **Frau Schärff**.

8.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Perl, Fraktion der SPD, fragte an wie sich die Stadt zum neuen Flüchtlingsintegrationsprogramm aufstellt, da durch die Verwaltungsausschüsse die Zusätzlichkeiten der Arbeitsgelegenheiten festgelegt werden.

Herr Mau schlug vor, dieses Thema in einem der folgenden Ausschusssitzungen zu thematisieren und dazu den Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause einzuladen.

Des Weiteren thematisierte **Frau Perl** einen MZ-Artikel, in dem sich die Innungs-obermeisterin des Friseurhandwerks bezüglich der Ausbildung von Friseuren äußerte. Sie hinterfragte, ob seitens der Stadtverwaltung in Bezug auf RÜMSA und ähnlichen Projekten, eine Unterstützung der Unternehmen hinsichtlich der Ausbildungsabbrüche oder eine Unterstützung der Auszubildenden bei den Fahrtkosten geplant sei, da Friseure nicht mehr in der Berufsschule in Dessau-Roßlau ausgebildet werden.

Frau Schärff antwortete, dass ein Projekt für RÜMSA durch das Dezernat V implementiert wird. Entsprechendes Personal wird dazu im November eingestellt. Darüber hinaus wird das Thema der Berufsschulen wieder neu aktiviert und der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer ist morgen beim Oberbürgermeister Herrn Kuras zu Gast.

Weitere Anfragen und Mitteilungen wurden nicht hervorgebracht, so dass **Herr Mau** den öffentlichen Teil schloss und zum nichtöffentlichen Teil überleitete.

10 Schließung der Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau** die Sitzung des Gremiums um 18:00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 05.04.17

Hans-Joachim Mau
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Schriftführer
Tourismus